

**DIE LINKE**  
**Fraktion im Dresdner Stadtrat**

Dr.-Külz-Ring 19  
01067 Dresden

Telefon 0351 – 488 2822

Telefax 0351 – 488 2823

E-Mail [fraktion@dielinke-dresden.de](mailto:fraktion@dielinke-dresden.de)

Web [www.linke-fraktion-dresden.de](http://www.linke-fraktion-dresden.de)

Antrag Nr.: A0451/23

Datum: 21.03.2023

## **A N T R A G**

**Fraktion DIE LINKE.**

### **Gegenstand:**

EILANTRAG: Aufforderung des Stadtrates an Oberbürgermeister Dirk Hilbert zur Teilnahme an der Bürgerveranstaltung zum Thema Flucht und Asyl sowie den Sitzungen des Ortschaftsrats Schönfeld-Weißig und der Stadtbezirksbeiräte

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat fordert Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf, an der am 31. März 2023 um 17.00 Uhr in der Dreikönigskirche stattfindenden Bürgerveranstaltung zum Thema Flucht und Asyl teilzunehmen.
2. Der Stadtrat fordert Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf, zur Behandlung der Vorlage V2082/23 „Unterbringung asylsuchender Menschen – Standorte zur Errichtung von Unterkünften in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten)“ an den Sitzungen des Ortschaftsrats Schönfeld-Weißig und der Stadtbezirksbeiräte teilzunehmen.

### **Beratungsfolge**

### *Plandatum*

Stadtrat	23.03.2023	öffentlich	beschließend
----------	------------	------------	--------------

## **Begründung:**

Die Vorlage V2082/23 des Oberbürgermeisters zur „Unterbringung asylsuchender Menschen – Standorte zur Errichtung von Unterkünften in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten)“ wird derzeit sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Gremien des Stadtrates intensiv und kontrovers diskutiert. Die Landeshauptstadt Dresden führt dazu am 31. März 2023 um 17.00 Uhr in der Dreikönigskirche eine Bürgerveranstaltung zum Thema Flucht und Asyl durch. Im April 2023 wird über die Vorlage V2082/23 des Oberbürgermeisters zudem in den Sitzungen des Ortschaftsrats Schönfeld-Weißig und der Stadtbezirksbeiräte beraten.

Dass sich Oberbürgermeister Dirk Hilbert als erster Bürger der Stadt der Teilnahme an der Bürgerveranstaltung sowie den Beratungen des Ortschaftsrats und der Stadtbezirksbeiräte verweigert, ist nicht akzeptabel. Er ist Vorsitzender des Stadtrates und Leiter der Stadtverwaltung. Aufgrund seiner herausgehobenen Position an der Spitze der Landeshauptstadt Dresden kommt ihm eine besondere gesellschaftliche Verantwortung zu. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, angehört zu werden und Antworten auf sie bewegende Fragen zu erhalten. Dabei geht es nicht nur um Standorte, sondern auch darum, wie eine menschenwürdige Unterbringung und eine erfolgreiche Integration in einem funktionierenden sozialen Umfeld aussehen kann. Auch der Vorstand des Zentrums Interkultureller Verständigung Dresden e. V. forderte den Oberbürgermeister in einem zu Beginn dieser Woche veröffentlichten Offenen Brief auf, „sich nicht nur während des Wahlkampfes vor Ort sehen zu lassen“, sondern jetzt mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu treten. Zudem bedarf es angesichts der gegenwärtigen Aktivitäten organisierter Gruppierungen der extremen Rechten eines entschlossenen Handelns. Deren Versuchen, die Stimmung in der Bevölkerung anzuheizen und Ängste zu schüren, muss durch die Spitze der Stadt entgegengetreten werden.

Daher soll der Oberbürgermeister mit diesem Antrag aufgefordert werden, seine Verweigerungshaltung aufzugeben und aktiv an den Diskussionen teilzunehmen. Er möge seine Verantwortung wahrnehmen, das Vorgehen der von ihm geleiteten Stadtverwaltung erläutern und sich den Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie deren vor Ort gewählten Vertreterinnen und Vertretern stellen.

André Schollbach  
Fraktionsvorsitzender